

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 63 (1984)
Heft: 2

Vorwort: Am Tag "danach"
Autor: Maissen, Toya

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 14.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Am Tag «danach»

In wenigen Tagen fällt der Entscheid, ob die SPS weiterhin im Bundesrat bleiben wird oder aber die SP-Vertreter auffordert, die Landesregierung zu verlassen. Wie immer der Entscheid ausfallen wird, er ist allemal historisch, denn auch wenn man sich weiterhin für die Teilhabe an der sogenannten Macht entschliesst, die SPS wird nie mehr sein, was sie vor diesem Februar-Parteitag gewesen ist.

Kein Ereignis der letzten Jahre hat die Diskussionen in, aber auch ausserhalb der Partei so angefacht, wie die Frage der Regierungsbeteiligung. Um es genau zu nehmen, so stellt sich die Frage nicht primär nach der Regierungsbeteiligung, diese Frage dürfte immer noch eine Mehrheit innerhalb der Partei finden, es stellt sich die Frage an nach der Beteiligung in *dieser* Regierung. Es ist auch falsch, die Beteiligung in der Landesregierung mit jener in den Kantonen und Gemeinden zu verwechseln. Wo das Volk die Gelegenheit hat, seine Magistraten zu wählen oder abzuwählen, stellt sich die Frage anders als dort, wo ein Koalitionspartner auf Gedeih — in unserem Fall eher auf Verderb — von einem Mehrheitskartell abhängt beziehungsweise nach Belieben gebeutel werden kann.

Eine politische Partei, die nicht mit ihren Idealen und Vorstellungen nach der Macht oder nach Teilhabe an der Macht und Verantwortung strebt, hat gar keine politische Berechtigung. Das gilt auch für die SPS. Sie will Anteil an Macht und Verantwortung, aber nicht nur an der Verantwortung, deren Inhalte sie nicht mitbestimmen kann. In den bürgerlichen Medien, aber auch innerhalb der SPS, war in diesen Tagen auch immer wieder die Rede davon, ob es zu einer Parteispaltung kommen wird. Diese Gedanken müssen gedacht werden. Die Verlierer der kommenden Ausmarchung, auf welcher Seite sie nun stehen werden, müssen durch das Fegefeuer. Es ist zu hoffen, dass sie sich nicht zu unüberlegten Schritten hinreissen lassen. Parteispaltung ist keine Lösung, sie wäre das Ende.

Wer jetzt schon mit Parteiaustritt droht, der hatte in dieser Partei nie etwas zu su-

chen gehabt, denn dies ist eine sozialdemokratische Partei, also sozial und demokratisch, auch nach innen. Wer sich dem demokratischen Entscheid durch Austritt entzieht, entlarvt sich als wenig stabil oder als Karrierist. Die Entscheidung, vor der wir stehen, hat deshalb wenig mit Otto Stich oder gar Helmut Hubacher zu tun. Sie war einfach fällig, wäre so oder so gekommen. Die SPS muss sich vor Augen halten, was die nächste Zukunft der Gesellschaft, dem Land, den einzelnen Bürgern bringt, sie muss versuchen in die Zukunft zu schauen um herauszufinden, wohin der Weg geht, *ihr* Weg. Sie muss sich fragen, welche Chancen ihre Ideale, ihre Wertvorstellungen im gegenwärtigen politischen System noch haben. Sie muss sich um die Zukunft der Jugend kümmern. Das neue Parteiprogramm gibt beim genauen Lesen sehr viele Antworten. Aber diese Antworten müssen praktikabel gemacht werden. Dies ist nicht durch Absprachen mit hochmütigen Partnern, sondern nur im Engagement der einzelnen Mitglieder möglich.

Dass auch der Versuch gemacht wird, diesen Entscheid noch einmal zu verhindern, war eigentlich zu erwarten, aber dem Aufschub darf nicht stattgegeben werden, dann wäre auch die Glaubwürdigkeit nach innen zu Ende.

Die Politik wird also nach dem 12. Februar eine andere sein. So oder so. Ein Verbleib in der Regierung könnte den Graben zwischen Romands und Deutschweizern auch innerhalb der SPS aufreissen. Denkbar wären auch Verlagerungen der parteipolitischen Aktivitäten in die Regionen. Das Desinteresse an der eidgenössischen Politik könnte sich noch vergrössern und auf die Sektionen übergreifen. Der Regionalisierung der Politik wären Tür und Tor geöffnet.

Man kann einen Genossen, eine Genossin nicht zwingen zu irgendwelchen Aktivitäten, das Engagement muss von innen kommen. Man darf den Menschen, den wenigen, die sich noch engagieren, kaum vorschreiben, wo und wie sie dies tun sollen. Engagement lässt sich nicht herbeiorganisieren, noch kann man es «vorsehen». Man kann nur gegen die Resignation angehen. Was man sagen muss, ist aber dies: Parteiaustritt ist keine Lösung.

Toya Maissen